

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Karin Binder, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/7371 –**

Mineralöhlhaltige Druckfarben bei wiederverwendbarem Papier und Lebensmittelverpackungen verbieten

A. Problem

Gesundheitsschädliche Kohlenwasserstoffe gehen laut Antragsteller in hohen Anteilen von Werbe- und Informationsaufdrucken, vor allem aber aus Druckfarbenrückständen in Recyclingpapier, in die damit verpackten Lebensmittel über. Die Schadstoffe reichern sich nach Angabe der Fraktion DIE LINKE. im menschlichen Körper an und können Schäden an den inneren Organen sowie Krebs hervorrufen. Die Wiederverwendung von Papier und Karton mittels Recycling ist aus Gründen des Umweltschutzes und der Wirtschaftlichkeit aber für die Antragsteller unverzichtbar. Um den hohen Recyclinganteil in der Papierindustrie unter wirtschaftlich tragbaren Bedingungen zu sichern, ist aus Sicht der Antragsteller ein sofortiger Verzicht auf mineralöhlhaltige Druckfarben erforderlich.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/7371 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Einsatz mineralöhlhaltiger Druckfarben bei wiederverwendbaren Papier- und Kartonmaterialien verbietet und eine Positivliste für unbedenkliche Druckfarben vorgibt, die für Lebensmittelbedarfsgegenstände verwendet werden dürfen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenhaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden nicht erörtert.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Wurde nicht erörtert.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Wurde nicht erörtert.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Wurden nicht erörtert.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Wurde nicht erörtert.

F. Weitere Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/7371 abzulehnen.

Berlin, den 13. Juni 2012

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Mechthild Heil
Berichterstatterin

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Dr. Erik Schweickert
Berichterstatter

Karin Binder
Berichterstatterin

Nicole Maisch
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Mechthild Heil, Elvira Drobinski-Weiß, Dr. Erik Schweickert, Karin Binder und Nicole Maisch

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/7371** in seiner 136. Sitzung am 27. Oktober 2011 erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mineralölbestandteile gelangen nach Darstellung der Fraktion DIE LINKE. als Bestandteil von Druckfarben über Verpackungen ins Essen. Gesundheitsschädliche Kohlenwasserstoffe gehen laut Antragsteller in hohen Anteilen von Werbe- und Informationsaufdrucken, vor allem aber aus Druckfarbenrückständen in Recyclingpapier, in die damit verpackten Lebensmittel über. Die Schadstoffe reichern sich nach Angabe der Antragsteller im menschlichen Körper an und können Schäden an den inneren Organen sowie Krebs hervorrufen. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) kommt daher laut der Fraktion DIE LINKE. zu dem Schluss, „dass der Übergang von Mineralölen auf Lebensmittel dringend minimiert werden sollte“.

Die von der Bundesregierung vorgesehene Einundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung (Druckfarbenverordnung) sieht nach Darstellung der Antragsteller lediglich ein teilweises Verbot von Mineralölbestandteilen in Druckfarben für Verpackungsaufdrucke vor. Das Vorhaben der Bundesregierung ist für die Fraktion DIE LINKE. für einen wirksamen gesundheitlichen Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ungeeignet. Die Wiederverwendung von Papier und Karton mittels Recycling ist aus Gründen des Umweltschutzes und der Wirtschaftlichkeit für die Antragsteller unverzichtbar. Ein vollständiges Auswaschen von gesundheitsschädlichen Kohlenwasserstoffen während des Recyclingvorgangs ist laut der Fraktion DIE LINKE. technisch nicht machbar. Um den hohen Recyclinganteil in der Papierindustrie unter wirtschaftlich tragbaren Bedingungen zu sichern, ist aus Sicht der Antragsteller ein sofortiger Verzicht auf mineralölhaltige Druckfarben erforderlich.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/7371 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der

- den Einsatz mineralölhaltiger Druckfarben bei wiederverwendbaren Papier- und Kartonmaterialien verbietet;
- eine Positivliste für unbedenkliche Druckfarben vorgibt, die für Lebensmittelbedarfsgegenstände verwendet werden dürfen;
- dazu als Grundlage die Regelungen für Lebensmittelkontaktmaterialien nach dem anerkannten ALARA-Prinzip (as low as reasonably achievable – so niedrig wie

vernünftigerweise zu erreichen) heranzieht, die eine geringstmögliche Freisetzung von Schadstoffen vorsehen;

- Druckfarben für die Verwendung bei Lebensmittelverpackungen ausschließt, für die keine ausreichenden Nachweise über eine gesundheitliche Unbedenklichkeit vorliegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 72. Sitzung am 13. Juni 2012 den Antrag auf Drucksache 17/7371 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 80. Sitzung am 13. Juni 2012 den Antrag auf Drucksache 17/7371 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 75. Sitzung am 13. Juni 2012 den Antrag auf Drucksache 17/7371 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/7371 in seiner 73. Sitzung am 13. Juni 2012 abschließend beraten. Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, hinsichtlich der Gesamtproblematik, zu der eine hohe Sensibilisierung bestehe, müsse berücksichtigt werden, dass ein Übergang von Stoffen aus Verpackungen auf Lebensmittel nicht alleine im Bereich von Verpackungen aus Recyclingpapier stattfinden könne. Insgesamt bestehe noch ein erheblicher Bedarf an Studien, die zur Klärung des Sachverhalts beitragen müssten. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz habe bereits einen Verordnungsvorschlag zur nationalen Regulierung von Druckfarben für Lebensmittelbedarfsgegenstände erarbeitet. Dieser sehe unter anderem eine Liste mit Stoffen vor, die in Druckfarben bei der Herstellung von Lebensmittelbedarfsgegenständen verwendet werden dürften, sowie mit Höchstmengen für den Übergang auf Lebensmittel (Positivliste). Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei nicht zielführend und werde abgelehnt.

Die **Fraktion der SPD** äußerte, der Antrag der Fraktion DIE LINKE. spreche zwar wichtige Probleme an, berücksichtige jedoch nicht alle für eine Lösung notwendigen Punkte. So müsse zum Beispiel bei Verpackungen aus Recyclingpapier das Problem der globalen Altpapierkreisläufe berücksichtigt werden. Hier müsse zudem überlegt werden, die hohen Maßstäbe des Kunststoffrecyclings auch für das Altpapierrecycling umzusetzen. Es bestehe zudem deutlicher Bedarf an aufklärenden wissenschaftlichen Studien. Nur so könne das genaue Ausmaß der schädlichen Wirkungen abgeschätzt werden, da die langwierige Ablagerung der Stoffe im Körper eine kurzfristige Klärung nicht möglich mache. Die Bundesregierung sei in der Verantwortung, klare Vorgaben für strenge Schadstoffgrenzwerte festzulegen. Bezüglich des Antrags der Fraktion DIE LINKE. werde man sich enthalten.

Die **Fraktion der FDP** unterstrich, es gebe ein fraktionsübergreifendes Anliegen, die Migration von Schadstoffen aus Verpackungsmaterial in Lebensmittel zu verhindern. Ein Lösungsansatz, um Mineralölübergänge auf Lebensmittel zu vermeiden, sei beispielsweise die Verwendung von Innenverpackungen mit Barrierewirkung. Eine rein nationale Lösung, ein Verzicht von Mineralöl beim Zeitungsdruck in Deutschland, sei aufgrund des Altpapierimports und ausländischer Lebensmittelverpackungen nicht zielführend. Zudem seien mineralöhlhaltige Zeitungsdruckfarben im Rahmen des Altpapierrecyclings als nur eine mögliche Eintragsquelle von Mineralölspuren ausgemacht worden, weitere Eintragsquellen könnten nicht ausgeschlossen werden. Schließlich seien die für den Schutz der Verbraucher notwendigen Grenzwerte noch nicht hinreichend geklärt. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bekräftigte, es bestehe die Notwendigkeit eines sofortigen Verzichts auf mineralöhlhaltige Druckfarben für alle Druckerzeugnisse aus Papier und Karton. Langfristig müssten gesundheitsschädliche Kohlenwasserstoffe aus dem Recyclingpapier entfernt werden. Nur so könnten Gesundheitsschäden für die Verbraucher vermieden werden, die aus dem Übergang von Schadstoffen aus dem Verpackungsmaterial in die Lebensmittel resultierten. Die Versuche, die Farbbestandteile während des Recyclings aus dem Papier herauszuwaschen, seien zu ineffektiv. Der Vorschlag des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), eine zusätzliche Schutzfolie in Lebensmittelverpackungen als Barriere einzusetzen, sei zwar sinnvoll, könne aber nur eine Übergangslösung darstellen. Die von der Bundesregierung angestrebte Positivliste werde für sinnvoll gehalten. Es müsse aber auf EU-Ebene ein grundsätzliches Verbot mineralöhlhaltiger Farben erreicht werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstrich, sie unterstütze die Vorschläge der Bundesregierung, zusätzliche Schutzbarrieren in die Lebensmittelverpackungen einzuziehen. Dadurch würde das Problem der Verunreinigung von Lebensmitteln durch die in Recycling-Verpackungen enthaltenen Mineralölreste jedoch bloß minimiert und nicht endgültig gelöst, da tatsächlich nicht jedes Lebensmittel, wie z. B. loses Gemüse, mit einer Folie umfasst werden könne. Deshalb sei insbesondere die Druck- und Zeitungsindustrie als Eintragsquelle der Schadstoffe gefordert, auf die Verwendung mineralöhlhaltiger Druckfarben zu verzichten, da Recyclingpapier aus ökonomischen und ökologischen Gründen notwendig sei. Da die betroffene Industrie aber freiwillig wenig Entgegenkommen zeige, müssten entsprechende gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Den Antrag der Fraktion DIE LINKE. werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN daher unterstützen.

Berlin, den 13. Juni 2012

Mechthild Heil
Berichterstatterin

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Dr. Erik Schweickert
Berichterstatter

Karin Binder
Berichterstatterin

Nicole Maisch
Berichterstatterin

